

Einzelpreis 400 Mark.

Bezugspreis monatlich:
In der Geschäftsstelle 9.000.— m.
Durch Zeitungsboten 10.000.— "
die Post 10.000.— "
Ausland 15.000.— "

Redaktion und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer Straße 86.
Telephon Nr. 6—86.
Poststellekonto 60,689.

Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung geahnt. Unverlangt eingefundene Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Lodz

Freie Presse

Die breiteste deutsche Tageszeitung in Polen.

Seite. 32

Mittwoch, den 7. Februar 1923

Porto pauschaliert.

Erscheint mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage frühmorgens.

Anzeigenpreise:

Die 7-gesp. Nonpareilzeile 400 M.
Die 3-gesp. Reklame (Nonp.) 1.500 "
Eingesandts im lokalen Teile 2.000 "
Arbeitsuchende besondere Bedingungen.
Anzeigen am Sonn- und Feiertagen werden mit 25% Zuschlag berechnet.
Auslandsinserate 50% Zuschlag.

Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

6. Jahrgang.

Aussichten für eine Wiederaufnahme der Ostkonferenz.

Paris, 6. Februar. (Pat.) Der diplomatische Berichterstatter der Havasagentur erfährt aus maßgebender Quelle: Der französische Delegierte Bompard hofft vor seiner Abreise aus Lausanne noch eine Konferenz mit Ismail Pascha, während der Ismid den Wortlaut des Kapitulationsvorschlags annehmen. Somit würde das Hindernis, das den Türken die Unterzeichnung des Friedensvertrages unmöglich mache, im letzten Augenblick beseitigt. Es muß angenommen werden, daß die englische Regierung sich in der nächsten Sitzung mit der neuen Lage befassen wird. Wie die Havasagentur weiter meldet, erklärte Ismail Pascha während der Beratung mit Bompard, er werbe die Angora-Regierung dorthin zu beeinflussen, daß diese sich mit den Grundzügen des Mudania-Vertrages einverstanden erklären und von einer Wiederaufnahme der Kriegsoperationen Abstand nehmen wird.

Wien, 6. Februar. (Pat.) Die "Neue Fr. Presse" meldet aus Paris: Um Ducat d'Orsay wurde gestern abend verhandelt, daß die Unterbrechung der Lausanner Verhandlungen keinen Zusammenbruch, sondern nur eine Verzögerung der Konferenz bedeute. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Verhandlungen nach ungefähr 10 Tagen wieder aufgenommen werden, und zwar nicht in Lausanne, sondern in einer anderen Stadt. Die Fragen, über die keine Verständigung erzielt werden könnte, sind nicht so wichtig, als daß sie einen tatsächlichen Zusammenbruch der Konferenz und den Wiederaufbeginn der Feindseligkeiten im Osten noch sich ziehen könnten. Die Verbündeten haben beschlossen, den Türken einige Tage Bedenkzeit zu gewähren. Die Regierungen der Verbündeten haben inzwischen bei ihren Delegationen Erklärungen hinsichtlich der letzten Ereignisse in Lausanne eingeholt. Zwischen den alliierten Mästern standen fand außerdem ein Meinungs austausch

bezüglich der weiteren Sitzungsnahme statt. Es wird ver sichert, daß die Wiederaufnahme der Verhandlungen unter für die Türken ungünstigen Bedingungen erfolgen werde, falls diese sich nicht verpflichten sollten, den Verbündeten Zugeständnisse in den strittigen Punkten zu machen.

Paris, 6. Februar. (Pat.) Poincaré erklärte dem diplomatischen Redakteur der Havasagentur, daß er vor einer Verständigung mit Bompard keine Entscheidung treffen werde. Nach Ansicht Poincarés müßte der geheimnisvolle Grund für das Verhalten der Türken aufgeklärt werden, die hinsichtlich einer Frage zweiter Ordnung, wie es das Rechtssystem für die in der Türkei lebenden Ausländer ist, einen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Poincaré habe sich selbst die denkbar größte Mühe gegeben, um Mustafa Kemal zur Unterzeichnung des Vertrages zu bewegen. Sodann wies Poincaré darauf hin, daß die amerikanische Delegation den Türken gegenüber weiterhin eine Verschüngungsaktion verfolge. Der gesunde Menschenverstand sage es einem, daß die Verhandlungen weitergeführt werden müssen, um einen Krieg im Osten zu verhindern. Es ist sehr wichtig, daß die Verbündeten sich so schnell wie möglich untereinander verständigen und der Kontakt zwischen den Verbündeten und Angora erhalten bleibt.

Wien, 6. Februar. (Pat.) Die amerikanische Delegation bleibt bis auf weiteres in Lausanne, und wird bei den Türken Vermittlung versuchen unternehmen. Wien, 6. Februar. (Pat.) Wie die "Neue Freie Presse" aus Paris meldet, kündigt einer aus Malta eingetroffenen Meldung folge, die englische Flotte in Erwartung kommender Ereignisse auf dem Mittelmeer. Der Kreuzer "Marka" ist gestern in Malta eingelaufen. Außerdem wird die Ankunft von drei weiteren Kreuzern erwartet. Der Rest der Flotte, der sich gegenwärtig in den spanischen Gewässern befindet, wird sich wahrscheinlich gleichfalls nach Malta begeben.

Der neue Völkerbundskommissar für Danzig.

Paris, 6. Februar. (Pat.) In der letzten geheimen Sitzung des Völkerbundrates wurde Mac Donell für den Zeitraum von 2 Jahren zum hohen Kommissar für die Freie Stadt Danzig ernannt.

Die Franzoseherrschaft an der Ruhr.
Paris, 6. Februar. (Pat.) Minister Le Troquet und General Weygand sind nach dem Ruhrgebiet abgereist, wo sie zusammen mit General Degoutte und Beylot die Grundlage für die Organisierung des Flughafen- und Eisenbahntransportwesens festlegen und über die Frage der Anwendung neuer Sanktionen beraten werden.

Essen, 6. Februar. (Pat.) Die Besatzungsbehörden haben eine Verordnung erlassen, die die Ausfuhr von Zeer, Benzol und Ammoniak verbietet. In den Kohlegruben wird ohne Unterbrechung gearbeitet.

Düsseldorf, 6. Februar. (Pat.) Der Eisenbahnstreik in Koblenz, Mainz und Hessen dauert an.

Essen, 6. Februar. (Pat.) Die Besatzungsbehörden verhafteten den hiesigen Polizeipräsidenten.

Abrechnung mit den polnischen Streikbrechern.

Wie der "Azjopspolita" aus Elberfeld gesagt wird, kam es dort zu stürmischen Vorgängen, da man auf dem Bahnhof Polen bemerkte, die sich auf dem Wege nach dem Ruhrgebiet befanden. Sie reisten unter Führung eines französischen Beamten in Zivilkleidung und sollten die Arbeit auf den Eisenbahnen und in den Postämtern der besetzten Gebiete übernehmen. Die polnischen Beamten, die aus dem Posenschen stammen und die deutsche Sprache insgesamt gut beherrschten, wären vielleicht nicht weiter aufgefallen, doch erkannte man den Franzosen. Daß dem Eingreifen der Polizei konnte eine Lynchjustiz verhindert werden. Schließlich

wurden die Polen nach der polnischen Grenze zurückgeführt. Die deutschen Behörden haben dahingehende Maßnahmen getroffen, daß in Zukunft polnischen Eisenbahn- und Postbeamten die Durchfahrt durch deutsches Gebiet nach Westfalen unmöglich gemacht wird.

Drei Schreiben des Ministerpräsidenten.

Warschau, 6. Februar. (A. W.) In der heutigen Sitzung des Seniorenlövents verlas der Sjymiar schaft Rataj drei Schreiben des Generals Sikorski.

Im ersten Schreiben berichtet er die Angelegenheit der Empfänge der Abgeordneten und Senatoren in den Ministerien und Konsulaten, wobei General Sikorski benachrichtigt, der Ministerrat habe beschlossen, daß Abgeordnete und Senatoren nur in den allgemeingültigen Empfangsstunden empfangen werden sollen. Der Seniorenlövent hat dieses Schreiben nicht zur Kenntnis genommen.

Das zweite Schreiben General Sikorski war der Besprechung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den gesetzgebenden und Vollzugsbehörden gewidmet. Der Seniorenlövent beschloß, daß Schreiben der Geschäftsaufnahmekommission zu überweisen.

Das dritte Schreiben handelt von der gesetzgebenden Zusammenarbeit der Regierung mit dem Sejm. Es wurde zur Kenntnis genommen. Weiter wurde festgestellt, daß die heutige und morgige Sitzung der Sejmigung in erster Linie der Erledigung des Haushaltspolans gewidmet werden soll.

Ein zweites Attentat auf Stambuljitski.

Essa, 5. Februar. (Pat.) Gestern abend wurde während einer Galavorstellung im Theater, vor einem Unbelannten in die Loge, in der sich der bulgarische Ministerpräsident Stambuljitski mit einigen Ministern befand, eine Bombe geworfen. Die Bombe explodierte ohne jemanden zu verletzen. Der Materialschaden ist gering, die Vorstellung wurde nicht unterbrochen.

Porto pauschaliert.

Erscheint mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage frühmorgens.

Anzeigenpreise:

Die 7-gesp. Nonpareilzeile 400 M.
Die 3-gesp. Reklame (Nonp.) 1.500 "
Eingesandts im lokalen Teile 2.000 "
Arbeitsuchende besondere Bedingungen.
Anzeigen am Sonn- und Feiertagen werden mit 25% Zuschlag berechnet.
Auslandsinserate 50% Zuschlag.

Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Besetzung Essens auf der Versailler Friedenskonferenz.

Aus den von A. St. Valer herausgegebenen Memoiren Wilsons sind wir in der Lage, im folgenden einen weiteren Abschnitt zu veröffentlichen, der sich mit dem Kampf der Amerikaner und Franzosen in der Frage der Rüstungsbeschränkungen beschäftigt. Es geht darum u. a. herum, daß die Besetzung Essens von den Franzosen schon auf der Friedenskonferenz vor drei Jahren gefordert wurde. Es wird berichtet:

Als der erste gedruckte Entwurf des Wilsonschen Völkerbundvertrages zur Ausgabe gelangte, merkte man in Paris bald, was die Amerikaner mit den im vierten der vierzehn Punkte ausgedrückten Forderung eigentlich wollten, nämlich mit einer Rüstungsbeschränkung auf das niedrigste Maß, das mit der inneren Sicherheit vereinbar ist."

Artikel IV. des Wilsonschen Völkerbundprogramms umfaßte einige Forderungen, die unmittelbar an den Wurzeln der kontinentalen Macht und Sicherheit rührten. So sollte z. B. die Wehrpflicht nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern, "von allen Signalarmen des Friedensvertrages" abgeschafft werden. Die Herstellung von Munition und Kriegsgerät von privaten Unternehmen zu privatem Vor teil" sollte verboten werden. "Vollkommene Sicherheit" in Bezug auf sämtliche nationalen Rüstungen bedeutete die Vernichtung des militärischen Geheimnisses, jenes Grundpfeilers des alten Systems militärischer Bereitschaft. Vor allem wurde ein neuer Rüstungsstandard — Maß der "inneren Sicherheit" — aufgestellt.

Der Sturm brach sofort los: Bei dem Präsidenten fanden private Unterredungen statt, besonders eine mit dem erschrockenen Premierminister Italiens, Orlando, eine andere, bei der der ganze Völkerbund von Grund auf erörtert wurde, mit Lord Robert Cecil und General Smuts. Bald griff die Diskussion über die Rüstungsfragen auf den Zehnerrat und auf den Völkerbundausschuß über. Denn der auf Punkt IV. beruhende Artikel IV. des Völkerbundentwurfes rollte das fundamentale Problem der ganzen Friedenskonferenz auf, das Problem der Sicherheit der Nationen und die Mittel und Wege zu seiner Lösung.

Der große Krieg hatte die alte Welt in Asche gelegt. Alte Gewohnheiten und Beziehungen waren zusammengebrochen. Jede Nation fühlte sich in den Wurzeln ihrer Existenz bedroht und eilte zur Verteidigung zu den Waffen. Überall herrschte panischer Schrecken. Jedes Volk hatte auf das primitivste Mittel der Selbstverteidigung, das Schwert, zurückgegriffen. Das Schwert Frankreichs war seine Armee, und die Armee beruhte auf der allgemeinen Wehrpflicht. Das Schwert Britanniens war seine Flotte und seine Macht zur See.

Daher erschütterte der Vorschlag der Rüstungsbeschränkung die Sicherheit Europas bis in die Grundfesten. Handelte es sich um die Rüstungen zu Lande, so schauderten Frankreich und Italien; ging es um die Rüstungen zur See, so erbebte das britische Reich. Ja, jedes einzelne Land in Europa zitterte um seine Existenz, falls es ihm untersagt würde, eine große Armee unter Waffen zu halten.

Präsident Wilson sah ein, daß der Vorschlag, eine wirkliche Abrüstung durchzuführen, an Wahnsinn grenzte, wenn man nicht eine Sicherheitsgarantie an Stelle der nationalen Rüstung zu sehen vermöchte. Diese Garantie mußte stark genug sein, um die Befürchtungen Europas zum Schweigen zu bringen und der Welt Vertrauen einzubringen. Der Präsident wollte nur das, was schon viele kluge Männer vor ihm gewollt, und was die amerikanischen Kolonien erreicht hatten, eine auf ein gemeinsames Abkommen gegründete und im Notfall von Waffengewalt gestützte Sicherheitsgarantie, auf die die Nationen sich verlassen könnten. Mit einem Wort, einen starken kooperativen Völkerbund.

Aber der Präsident hatte bis zu seiner Ankunft in Europa, gleich den meisten Amerikanern — war Amerika doch bisher nie wirklich bedroht gewesen — nicht voll erkannt, welchen Höhegrad die Furcht und Sorge um die Sicherheit in Europa erreicht hatte. So lief z. B. jede Diskussion, an der Frankreich beteiligt war, unfehlbar auf die Frage der französischen Sicherheit hinaus.

Die Sorge um die nationale Sicherheit gelangte in jeder Konferenz zum Ausbruch. Die Presse hatte davon wider, ja, die ganze Luft war davon geschwängert.

In der einen Sitzung heißt es:

"M. Clemenceau erklärte, die Franzosen währen

die nächsten Nachbarn Deutschlands und könnten jederzeit, wie es in der Vergangenheit der Fall gewesen wäre (1), plötzlich überfallen werden... Frankreich wäre ein, daß Großbritannien in der ganzen Welt Verpflichtungen zu erfüllen hätte und unmöglich seine ganze Wehrmacht an einem Punkt konzentrieren könnte. Amerika sei weit fort und vermöchte Frankreich nicht sofort zur Hilfe zu eilen. Sollte der Völkerbund und der Frieden der Welt in Sicherheit erreicht werden, so dürfe man nicht damit anfangen, Frankreich in eine gefährliche Lage zu versetzen. Amerika sei durch das ganze weite Weltmeer, und Großbritannien durch seine Flotte geschützt." (Geheimprotokoll des Zehnerrates vom 30. Januar).

Lebhaft standen einem die sonstigen Parteien dagegen, was ein Krieg für Frankreich bedeutete, vor Augen: die Ursachen seiner Furcht wurden allen immer wieder von neuem demonstriert:

M. Clemenceau: "man müsse die Tatsache berücksichtigen, daß vier völker Kriegsjahre hindurch der französische Grund und Boden verwüstet worden sei... Er möchte das bereits Gesagte nur noch einmal wiederholen: das Kriegsgefühl sei bisher so gewesen, daß mehr amerikanische noch britische Gebiete gelitten hätten, während das französische Gebiet derart verwüstet worden wäre, daß ein Wiederaufbau fast unmöglich schiene... Die Industrien Frankreichs seien systematisch zerstört worden... Frankreich hätte drei Millionen Tote und Verwundete gehabt." (Geheimprotokoll des Obersten Kriegsrates vom 12. Februar).

Präsident Wilson hatte Frankreich Schwierigkeiten nicht minder bereit geschildert, als die Franzosen selbst: nur lautete seine Lösung ganz anders als die der Franzosen. Auf die letzte Formel gebracht, erblieben die Franzosen ihre Sicherheit lediglich in militärischen Rüstungen, in einem Volk in Waffen und in einem Waffenbündnis, während der Präsident sie nur in einer Zusammenarbeit der Nationen sah, "die jene drückende Rüstungslast in Zukunft überflüssig machen wird, unter der die Völker im Frieden fast nicht wieder seufzen als im Kriege."

Der französische Standpunkt wurde in Paris mit geradezu beispielloser Zähigkeit und Konst verteidigt. Die Partei spielte dabei keine Rolle. Staatsmänner, Militärs, Diplomaten und Finanzleute waren in erster Linie Franzosen, und zwar zu hundert Prozent Franzosen, und gingen geradezu auf ihr Ziel zu, die französische Sicherheit! Soh hatte einen militärischen Bourgeois einen diplomatischen, Loucheur und Klos einen ökonomischen Sicherheitsplan zur Hand, aber die Koordination aller war vollkommen, und Clemenceau war der strategische Leiter des ganzen Feldzuges. Doh die Franzosen nicht alle ihre Wünsche in Paris durchsetzen, lag an einem reinen Mangel an Intelligenz!

(Schluß folgt).

Bittere Wahrheiten.

Berlin, 6. Februar. (Pat.) Das französische Außenministerium sandte der deutschen Botschaft in Paris die Note vom 31. Januar zurück, in der die deutsche Regierung die ihr durch Frankreich gemachten Vorwürfe bezüglich der Nichtinhaltung der auf Grund des Versailler Vertrages auf sich genommenen Verpflichtungen zurückwies. In einem der deutschen Erklärung beigefügten Schreiben betont das französische Außenministerium, daß es keine deutsche Note annehmen könne, in der die Beschlüsse der Reparationskommission, die die festgestellten deutschen Nichterfüllungen betreffen, einer Kritik unterzogen werden. Die französische Regierung könne sich sicher mit einer Kritikierung der auf Grund dieser Feststellungen und des Versailler Vertrages getroffenen Maßnahmen nicht einverstanden erklären.

Der Renegat ist immer ein Mensch, der sich seiner eigenen Minderwertigkeit danteskt hält; er und den seien oder tüchtigen Versuch unternimmt, seine Familie, seine Nation, seine Heimat für seine höchst individuellen Wünsche verantwortlich zu machen.

Arthuri Schmitz.

Die Tochter des Ministers.

Roman von Ernst Georgy.

58. Fortsetzung.

Machdruck verboten.

"Du hast dich dienend fremden Menschen untergeordnet, Gertrud, du wirst es nach all deinen Prüfungen dem eigenen Vater gegenüber leichter können!"

Das ist etwas anderes! Ich fürchte, du irrst dich!" widersprach diese.

"Susanne wird nicht mehr lange bei uns bleiben," fuhr Meinhard fort.

"Weshalb, ist sie verlobt? Sie hat mir nichts gesagt!"

"Ihr beiden Mädchen seid verschlossen," klagte die Mutter seufzend, "aber ich mache doch meine Beobachtungen. Um Susanne bewirbt sich seit längerer Zeit ein neuer Regierungsrat aus dem Amt, Baron Doktor Linden ein feinsinniger hochgebildeter Mann voller Kunsterfahrung. Er unterhält sich mit ihr in den Museen, ist viel bei uns im Hause. Sein Benehmen lässt sicher darauf schließen, daß er demnächst um sie anhalten wird. Wir sind sehr glücklich."

"Und Susanne?"

Frau Meinhard lächelte froh. "Bisher war sie gänzlich unbesangen, heiter und lieb wie immer. Seit einigen Monaten ist sie sehr nachdenklich, zerstreut. Sie sitzt viel

Parlamentsnachrichten.

Sejm.

Sitzung vom 6. Februar.

Unter den Interpellationen der heutigen Sitzung ist auch eine Anfrage der P. S. Z. die gegenwärtige politische Lage betreffend. Auf dem ersten Blatt der Tagesordnung befindet sich das Gesetz über die Wiederaufbauleitungen begegnet werden. Da der Überzeugung einer klügeren nachkommen, ist die Regierung der Meinung, daß sie berechtigt ist, die Ausmerksamkeit nicht nur auf die gegenwärtigen Gefahren sondern auch auf die zukünftigen Gefahren zu lenken, die den Weltfrieden führen könnten.

Damit bereitete der Minister sein Epos. Die Diskussion darüber wurde vertagt und zum Haushaltspolit für das erste Quartal 1923 geschritten.

Abg. Osiecki legt den Bericht der Finanzhaushaltsskommission vor und bemerkt, daß unser Haushaltspolit im Vergleich zu anderen Staaten mit verhältnismäßig kleinen Ziffern operiert. Redner fordert den Sejm auf, das Gesetz anzunehmen, damitzulose die Regierung für das erste Quartal zu Ausgaben in Höhe von 15,9 Milliarden bewollmächtigt wird, bei weiterem Steigen der Teverung zur Erhöhung dieses Kredites um 20 Prozent; eine Resolution anzunehmen, die die Regierung auffordert das Haushaltspolit für das laufende Jahr bis zum 15. März vorzulegen; dem Sejm in fürzeder Zeit einen Städterplan vorzulegen sowie die auf Antrag des Abg. Diamand in der Kommission beschlossene Resolution zur Befolzung eines statistischen Amtes, daß die Ausführung von Berichten ohne Verzögerung ermöglicht würde; sowie eine Resolution, daß die Regierung bei der Zusammenstellung des Haushaltspolit für das laufende Jahr die Bedürfnisse der ukrainischen und weißrussischen Schulen berücksichtigen soll.

Der Antrag der Minderheit ist mit einer Überschreitung des provisorischen Kredits durch die Regierung, nicht einverstanden.

Abg. Zdziechowski betont, daß das Tempo der Erhöhung der Staatsausgaben ja langsam ist, daß das Defizit im Laufe eines Monats bis zu Billionen anwachsen könnte. Er erklärt, daß sein Club gegen das Budgetprovisorium stimmen werde.

Minister Grabowski sagt, die wichtigste Angelegenheit sei die Regelung der Steuern. Die Regierung werde folgende Steuern beauftragen: Bodensteuer, Bausteuer, städtische und Industriesteuer. Redner erklärt, daß sich das Budget auf feste Steuerquellen stützen müsse, es müsse auf den polnischen Boden gestützt werden. Die Besteuerung unserer Bürger ist um das Mehrfache geringer als im Auslande. Wie müssen die Ergebnisse der Steuerquellen wenigstens auf die Vorkriegszeit bringen. Die Besteuerung der Vorkriegszeit kann nur für Bürger von geringerem Wohlstand als Minimum wachsen werden. Den Überschuss der Differenzen müssen die reichen Schichten tragen. (Witsch lacht.) Die Bevölkerung der Eisenbahnen oder Monopole wäre nur eine Verfliegender von Staatsgut und würde den Staat nur für einige Monate von neuer Papiergeldausgabe abhalten.

Die weitere Diskussion wird auf morgen vertagt.

Kurze telegraphische Meldungen.

Trzci hält in einer der letzten Parteiversammlungen eine Rede gegen den Krieg, in der er ausführte, daß für Ausland die Aufrechterhaltung des Friedens eine Notwendigkeit sei.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Natzau, ist nach zweitägigem Aufenthalt in Berlin nach Moskau zurückgekehrt.

in ihrem Zimmer und schreibt. Vielleicht führt sie ein Tagebuch oder sie taucht schon Briefe mit ihm. Ich weiß nur von den Mädgen, daß häufig unter unserer Post Schreiben für sie eintreffen. — Das alles gibt mir die Hoffnung auf eine glückliche Lösung. Wir beiden alten Leute wären ja allein, wenn du nicht zu uns kämst, meine Gertrud!"

Gertrud machte eine Bewegung und berührte plötzlich den Brief Wiesener, der dabei knitterte und sie an ihn gemahnte. Sie wurde sehr bleich und seufzte. Mit beiden Händen griff sie nach der Hand der Präsidentin und zog sie an ihre Lippen. Dann sagte sie leise: "Das Wiedersehen mit dir hat mich aus einer Weile alles vergessen lassen, Mutter, ich fühle plötzlich, was ich entbehren mußte und wie lieb ich dich habe."

"Mein Kind! meine Tochter!"

"Aber", fuhr Gertrud leise und weich fort, "es muß Klarheit zwischen uns sein. Selbst, wenn ich jenen Schlag vergessen will, Mutter, und es versucht, wieder mit dem Vater zusammenzuleben, — ich könnte es nicht mehr."

"Und warum nicht?" fragte diese erschreckt.

"Ich — — ich komme heim, wir ich fortgegangen bin, Mutter. Ich liebe Georg Wiesener und bin fest entschlossen, seine Frau zu werden, sobald er in der Lage ist, mich zu heiraten."

Frau Meinhardt wurde es eiskalt. Da war das Geplänkt, vor dem sie gezittert hatte; aber sie beherrschte sich gewaltig. "Wann wird dies der Fall sein?"

Da schlug Gertrud die Hände vor das Gesicht und brach in Tränen aus.

"Kind, hängst du dich nicht an einen hoffnunglosen? Ist diese Sache nicht eine verlorene?" fragte sie leise.

Das Mädchen bäumte empor und schluchzte wild.

"Er ist es, wenn wir ihm nicht helfen. Georg liebt mich. Um meinetwillen wird er wieder ein anderer Mensch werden: aber dann muß er nach Europa zurück, muß in eine andere Umgebung, in eine feste Stellung."

"Wo ist er jetzt?"

"In Argentinien, Mutter, allein, hilflos — sich selbst überlassen, dieser weiche, heitere, entzückende Mensch, der nur in Sorglosigkeit leben kann!"

Frau Meinhards Entzücken stieg.

"Willst du mir nicht volles Vertrauen schenken, Gertrud?"

"Ja," rief diese froh, "hier, lies, was er mir heute, nach jahrelanger Pause geschrieben hat. Lerne ihn kennen, Mutter, und siehe, wie weit Vaters und, verzeihe, auch dein Stärkste ihn — und mich gebracht haben!"

Sie zog das Schreiben hervor und reichte es der anderen hin.

Die erregte Frau erhob sich mit zitternden Knie und trat unter die Gasflamme des beschleunigten Kronleuchters. Sie zog ihr langgestieltes Augenglas und las aufmerksam den merkwürdigen, aus Verzweiflung, Spott und Hoffnung gemischten Erguß des fernen, gescheiterten Offiziers. Ein schwerer Seufzer entfuhr ihr, als sie sich wieder rieben die Tochter sah; aber sie schwieg.

In dieser Wutlosigkeit lag ihr Urteil, gegen das Gertrud sich aufzäumte.

"Mutter!" schrie sie erregt. "Ihr Werkzeug hohl die höchsten Aemter inne. Ihr habt große Güter, Fabriken, Ihr und der Vater habt genug Einfluß und alle Möglichkeiten, einen Menschen emporzuheben, ihm irgendwo Beschäftigung und ein Einkommen zu geben, damit er wieder — aufsteigen kann."

Fortsetzung folgt.

Andreas Fritzius Modrevius und der deutsche Protestantismus.

(Für die „L. S. P.“ geschrieben.)

(Schluß aus Nr. 28)

Die besten Bürger Polens, darunter auch der König, schmäten dem Rechtphilosophen bei und waren sich darüber einig, daß die empörende Verschiedenheit der Befreiung der Tötung, die durch die Glaubensverschiedenheit des Täters und des Gesetzten bedingt war, nicht gebündet werden dürfe. Da sich aber die Meinungen des Reichstages in dieser Frage spalteten, fiel der Auftrag des Fritzius durch, so daß dieses verschwundene Maß von Recht und Strafe für den Adeligen und den Bauern bis ins 18. Jahrhundert ohne jede Aenderung bestehen blieb.

In einer anderen Rede „Oratio de legatio ad Concilium Christianum“ weiß Fritzius auf die Verantwortlichkeit des Klerus hin und verlangt, daß an dem bevorstehenden Konzil Delegierte teilnehmen sollen, die nicht nur von dem Adel und der Geistlichkeit, sondern von dem gesamten christlichen Volk gewählt werden. Auch diese Rede wurde von dem König gutgeheißen, stieß aber auf großen Widerspruch des Kardinals Hosius, des einstmaligen Studiengenossen und Freundes des Fritzius. In dieser Zeit begibt sich Fritzius mit seinem früheren Förderer Stanislaus Posti als Gesandter an den dänischen Hof und zu dem Deutschen Kaiser nach Augsburg.

Auf der Reise wird er in der Gesinnung hinsichtlich der Verantwortlichkeit des Zölibats, der Zugänglichkeit der Kommunion in beiden Gestalten auch für Laien und der Notwendigkeit des Gebrauchs der Muttersprache im Gottesdienst bestreitigt. Darauf zeigen die nächstfolgenden kleineren Schriften des Fritzius, in denen die Gesinnung des Autors zwar nicht direkt antipapistisch, aber doch entschieden auf eine kirchlich-religiöse Reform gerichtet ist. Im Jahre 1551 erscheint in Krakau das Hauptwerk des Fritzius: „Commentatorium de Republica Emendanda“, das fünf Bücher enthalten sollte, aber nur in drei erschienen ist. Die Veröffentlichung der zwei letzten — über die Kirche und über die Schule — machte die geistlichezensur auf das Betreiben des Kardinals Hosius unmöglich. Daher ließ Fritzius das ganze Werk nach drei Jahren nochmals drucken, aber diesmal in Basel. Das Werk fand in ganz Europa Aullang und wurde — da Fritzius seine Werke in lateinischer Sprache verfaßte — in alle Hauptsprachen, darunter auch in die deutsche und polnische, übersetzt. Die deutsche Übersetzung erschien im Jahre 1557, die polnische zwanzig Jahre später mit Weglassung des 4. Buches, das von der Kirche handelt. Fritzius verlangt darin, daß die Lehre Christi, welche Liebe zu Gott und dem Menschen vorschreibt, nicht nur einzelne Menschen, sondern ganze Völker verpflichte, daß das Ziel eines Staates sei, allen seinen Einwohnern ohne Unterschied des Bekanntschafts oder Standes die Bedingungen zu einem langen, glücklichen Dasein zu verschaffen. Da es aber in der Welt kein Glück ohne Sittlichkeit gebe, sei es die Aufgabe eines jeden Staates, seine Bürger zur Tugend zu erziehen. Nur auf diese Weise könne „das Reich Gottes auf Erden“ gebaut werden. Der König müsse ein Philosoph, der Edelleute und Tugendtugten unter den Besten sein, der seine Weisheit aus der Heiligen Schrift und den klassischen Werken weltlicher Literatur schöpft. So ist der Staat, wie sich Fritzius denkt, eine christliche Institution — ein Ideal, das dem Bochener Humanisten und Melanchthon vorherrschte. Gräfin und Melanchthon behandelt diese Frage ausführlich in einer dem Krakauer Wojciech Szydłowiecki gewidmeten Schrift. Melanchthon wendet sich wiederum mit ähnlichen Reformplänen an die polnischen Standesmänner, unter anderem auch an den Heiman Tarnowksi und an den Primas Posti und fand — wie das die starke Bewegung naunsten

der lutherischen Reformation in Polen zeigt, großen Aufhang. Noch während des Aufenthaltes des Fritzius in Wittenberg befand sich Melanchthon in einem regen Briefwechsel mit dem Bischof Arzeli, der im Einvernehmen mit dem Primas den berühmten Wittenberger Professor nach Polen kommen lassen wollte. Obgleich Melanchthon dem Rufe des polnischen Bischofs nicht folgen konnte, hörten die Beziehungen zwischen ihm und den bedeutendsten Polen seiner Zeit nicht auf. Seinen Einfluß können wir in den Werken Fritzius weiterverfolgen. So teilte Fritzius hinsichtlich des Konzils und der Mittel zur Abwendung einer Versöhnung der feindlichen Religionsparteien, in der Frage der Neuformierung der Glaubenssätze zum großen Teil die Ansichten des berühmten Wittenberger Professors. In dem Traktat über die Kirche, der auf polnischem Boden auf Betreiben des katholischen Klerus weder im Erstdruck noch in der polnischen Übersetzung erschien, beruft sich der Schriftsteller neben den griechischen Philosophen vor allen Dingen auf die Namen des Basler und Wittenberger Humanisten. Die Ansichten über den Krieg, die Königswürde, die Beamten, die Lehrer, die Bedeutung und den Zweck der Jugenderziehung und des Schulunterrichts, in dem die Musik und der Gesang eine so wichtige Rolle spielen; die Förderung der Aufhebung des Zölibats, der Einführung des Abendmahl unter zwei Gestalten und der polnischen Sprache im Gottesdienst, des Nationalkonvents, der auch durch Laien vertreten sein sollte, die volle Anerkennung der Vernunft, die Verwerfung der Tradition und der Vorherbestimmungslehre stimmen in auffallender Weise mit den theologischen und philosophischen Grundprinzipien des Gräfens, Melanchthons und zum Teil auch Luthers überein.

So preist er z. B. den Lehrerberuf als einen der vornehmsten und, indem er die Bürger anfordert, für Schüler und Lehrer in gehöriger Weise zu sorgen, äußert er sich über die Bildung und die Jugenderziehung folgendermaßen: „Ich kann nicht ohne Schmerz zu ziehen, wie man Schulmeister so gering schätzt, die man doch ebenso ehren sollte, wie die Aerzte, Anwälte und andere dem Lande nützliche Männer; der Schullehrer hat es keineswegs leichter, als irgend jemand von diesen, der Nutzen, den man von ihm hat, ist aber ebenso groß, oder noch größer; und wenn der Staat jene nicht einbehören kann, wie kann er ohne Lehrer bestehen, die für Mehrung der Wissenschaften sorgen, dem Staat und der Gemeinde solchen großen Nutzen bringen?“ Aehnlich äußert sich Melanchthon über die Schulen, von denen er sagt: „Das wäre das für eine Stadt, da alle Bürger in großem Reichthum, Freiheit und Wohlstand leben und wäre doch in solcher Stadt keine Erkenntnis Gottes, kein Mensch, der schreiben und lesen könnte, hätten keine Kalender, wüssten gar nichts von Historien und alten Geschichten, die uns ein Spiegel seien sollen unseres Lebens?“ Aehnliche Worte finden wir bei Luther: „Wo eine Stadt oder Dorf ist, die des Vermögens sind, hat der Staat Macht sie zu ammen, daß sie es Schulen, Predigtkirche, Pfarrer halten. Wollen sie es nicht zu ihrer Seligkeit tun noch bedenken, so ist der Staat da als oberster Vormund der Jugend und aller, die es bedürfen, und soll sie mit Gewalt dazu halten, daß sie es tun müssen: Gleich als wenn man sie mit Gewalt zwingt, daß sie zur Brücke, Steg und Weg oder sonst auffälliger Landesnot geben und dienen müssen“. Oder: „Das sage ich Kirchlich: einen fleischigen, frommen Schulmeister oder Magister, oder wer es ist, der Neaben treulich steht und lehrt, dem kann man niemehr genug lohnen und mit seinem Gelde bezahlen“.

Fritzius spricht sich serner im genannten Werk gegen die Rätselhaftigkeit der Templer aus. Er will sie nur den Tüchtigen und Sittlichen verleihen wissen. Die bloße adelige Abstammung dürfe nicht, wie es üblich war, als eine genügende Legitimation angesehen werden. Die Richter

sollten sachkundig sein und durch den Reichstag aus allen Ständen gewählt werden. Dabei verlangt er wiederholte Gleichheit vor dem Zivilrecht und Strafrecht, die Abfassung des ausschließlichen Rechts des Adels, Grund und Boden zu besitzen, Freiheitigkeit des Bauern und die Aufhebung der Jurisdiktion der Grundherren gegenüber dem Untergebenen. Durch die Fortsetzung der Gleichberechtigung der Stände und damit der Emancipation des „dritten Standes“ neben dem adeligen und geistlichen, helle Fritzius ein Programm auf, welches 200 Jahre später durch die französische Revolution verwirklicht wurde! Oder wenn er gegen die Ketzerabschüttungen auftritt und rät, das Ketzerrecht in einer Zeit, wo es billig ist, für die Zeiten der Konterrevolution durch ein besonderes Amt aufzulaufen und für schlechte Zeiten aufzubewahren, so wurde diese Maßnahme später in Preußen unter der Regierung Friedrich II. wirklich zur Tatstunde.

Der Krieg ist für Fritzius ein furchtbares Unheil, das nur dem Zweck dient, ein noch größeres abzuwenden. Den Angreifskrieg verurteilt er ganz. Um die unpolitischen und unmündigen Blutsäugze der Menschen zu bestoppen, verlangt er eine freiwillige öffentliche Schiedsgerichtsbarkeit. Auch die Fortsetzung des Kriegs solle die Besiegten als ein „pater“ und „pax“ behandeln, also in seinem Falle wie Eltern: das Eigentum der Besiegten zu schonen, die eingenommenen Gebiete durch Krieger nicht zu kolonisieren, — ist nicht nur ehrlich humaner, sondern auch bedeutsam sozialmännlicher, als die der Schriftsteller späterer Zeiten. Während alle seine Zeitgenossen einem Angreifskrieg gegen die Türken eifrig das Wort führten, schlug Fritzius eine Völkerunion vor, von der er auch die nichtchristlichen Staaten nicht ausgeschlossen wissen wollte. Eine durchaus moderne Forderung, die in unseren Tagen als eine Nothwendigkeit wieder aktuell wird! Auch anderen Gedanken des polnischen Rechtphilosophen, wie z. B. der Aussöhnung vom Staat als der Verkörperung der sittlichen Idee, der Gebäude der Altersversorgung, des Wehrstandes und der Pflege der Kranken zur Versunderung wie im Kriege, so auch in anderen Fällen öffentlicher Not, begegnen wir erst bei den Philosophen, Rechtsgelehrten und Aerzten des 19. Jahrhunderts — Kant, Hegel, Beccaria, Bentham, Bluntschli, Veron, in Polen bei Staszyc, Kollontaj, Cieglomski, Bielski, Mickiewicz, deren Fritzius mit seinem zum Teil noch heute recht modern anmutenden Theorien um ganze Jahrhunderte vorausgeht ist.

Im Jahre 1553 wurde durch die Stände des Reichstages, gemäß der Beisigung des Fritzius auch durch die Laien, eine Delegation gewählt, die sich nach Triest begeben sollte. Sie bestand aus zwei Geistlichen — dem Bischof von Kujawien Drohojowski, einem nahen Freunde des Fritzius, und dem Bischof von Kulm, Uchanst, dem späteren Primas. Zum Sekretär der Delegation wurde Modrevius ernannt, die Wahl des früheren Deputierten, des Drohobrzen Hosius, wurde rückgängig gemacht. Das bedeutete einen Sieg des Standpunktes des Fritzius, der ihn ermunterte, sich der kirchenpolitischen Arbeit weiter zu widmen. Es erschienen neue Schriften, wie „Die Schande und der freie Will“ — „Die Versehung und Verherrlichung“, die eine steigende Unzufriedenheit des Klerus und des Papstes hervorrief. Der nach Polen gekommene päpstliche Nuntius, Zippomano, ein rücksichtsloser Feind der Reformation, entschloß sich, gegen Fritzius energisch vorzugehen. Vor allem wurde dem Bischof Drohojowski verboten, Fritzius in seinem Hause anzunehmen. Als Modrevius sah, daß man ihn in einem klerisch ums Leben bringen wollte, verließ er Wolborg, wo er seit einigen Jahren das erbliche Amt eines Vogtes bekleidet hatte, und suchte Schutz bei seinen mächtigen Protektoren. In dieser Zeit entstand sein Traktat „Von der Kirchenordnung“, in dem er den päpst-

Dornen und Disteln.

Im Silesia-Theater geht gegenwärtig der Film „Kaisers und Borgias“ über die Beleidigung, der Episoden aus dem Schurkeleben Cesare Borgia, des Sohnes des Papstes Alexander VI., zum Gegenstand hat.

In diesem Film werden Cesare und Lucrezia nun nicht als Sohn und Tochter des Papstes sowie als Bruder und Schwester, sondern als Neffe und Nichte Alexanders sowie als Cousin und Cousine vorgestellt.

Die Universaltheorie der Zensur, die hier ihre Hand im Spiele hatte, ist wirklich groß. Wie niedrig muß sie doch das Wissen der Kinobesucher einschätzen, daß sie es magt, ihnen ein X für ein U vorzumachen! Man glaubte bisher, daß die „Indez-Kommission des Heiligen Stuhls“ nur im Vatikan etwas zu sagen hat, daß ihr Arm aber bis nach Polen reicht, wird vielen nun sein.

Nur läßt sich aber die Geschichte nicht so leicht fälschen wie ein Film. Die Fälscherkunst der Zensur erinnert in sehr an den Kampf Don Quixotes mit den Windmühlenrindern als daß sie nicht lächerlich wirken würden. Doppelt lächerlich im Zeitalter der Aufklärung!

Der „Mozzuni“ schreibt: „Am 26. Januar sollte in Krakau eine allgemeine Versammlung der Studenten der Medizin stattfinden, auf der über den ungeheuren Mangel an Leichen, die zur Sektion bestimmt sind, beraten werden sollte. Schuld an dieser Sache sind die jüdischen Studenten, die im laufenden Semester bei 25 christlichen Leichen nicht eine einzige jüdische Leiche aufstellen. Noch im letzten Augenblick erfuhren die verunsicherten Studenten, daß sich die Juden dem Universitätsrektor gegenüber zur

Lieferung von Leichen verpflichteten, und daß Professor Kofroneck erklärte, die anatomischen Arbeiten der jüdischen Mediziner von der Lieferung von jüdischen Leichen abhängig zu machen. Die Studenten beschlossen, genau darauf zu achten, daß die Juden ihr Versprechen auch halten.

Der Ausweg, daß die christlichen Studenten ihre anatomischen Untersuchungen an christlichen und die jüdischen Studenten an jüdischen Leichen anstellen werden, muß als die beste und gerechteste Lösung erkannt werden. Auf einer nächsten Versammlung soll die genaue Durchführung dieses Beschlusses gefordert werden, falls die jüdischen Studenten ihr Versprechen nicht halten sollten“.

Fürwahr ein glänzende Lösung! Nun bleibt nur noch übrig, daß die christlichen Leichen (auch solch ein Unding: eine Leiche ist weder christlich noch heidnisch!) in Kategorien eingeteilt werden, damit die evangelischen Studenten nur „evangelische“ Leichen, die katholischen nur „katholische“, die griechisch-orthodoxen nur „griechisch-orthodoxe“ Leichen sezieren dürfen. Wissenschaft, verhülle dein Haupt!

In der Sitzung der Kommission zur Bekämpfung des Buchers wurde ein Antrag des Abg. Gräfeli auf Erteilung eines rücksichtslosen Verbots der Lebensmittelabfuhr angenommen. In erster Linie ging es um ein Ausfuhrverbot für Bier und Fleisch.

Der Wirtschaftsausschuss der Minister, von dem man annehmen sollte, daß er, gewissermaßen als Executive der Regierung, den Willen des Seziers kennen sollte, hat die Anfuhr von 1 Million Stück Bierse, Truthäher, Enten und anderen Fleischgegenständen freigegeben.

Warum?

Zugleichlich war der Ministerausschuss der Ansicht,

Wir lesen in polnischen Blättern: Um den Einstieg der Deutschen halbstädtischen Belletristik, die in den Regimentsbüchereien häufig vorgefunden wird, zu befehligen, hat das Kriegsministerium eine Verfügung erlassen, wonach die gesamte deutsche Literatur aus den Offiziersbüchereien entfernt werden soll. Auch alle deutschen militärischen Werke, mit Ausnahme der Zeitschriften, die vor dem Jahre 1900 gedruckt sind, sollen aus den Regimentsbüchereien entfernt und der militärischen Zentralbibliothek überwiesen werden, die sie zu Studienzwecken ausleihen wird.

Sovorit der Befehl des Kriegsministers! Es macht sich die Sache sehr leicht. Anstatt die etwa vorhandene „halbstädtische“ Literatur aus den Büchereien auszulösen, wird das gesamte deutsche Schrifttum daraus entfernt! So wird dem Deutschen Teufel mit einem Schlag der Kopf abgeschlagen. Sicher ist sicher und Voricht ist die Mutter der Weisheit — meint augenscheinlich der Herr Kriegsminister und merzt das deutsche Schrifttum mit Stumpf und Stiel aus den Büchereien des polnischen Heeres aus. Das Vaterland ist wieder einmal gerettet!

Wie der Nationalist „Völkerwille“ berichtet, hat sich der Stadtspräsident dieser Tage nach Spa a beigegeben, um dort eine wichtige politische Mission zu erfüllen. Unter den Zwecken dieser ziemlich un durchsichtigen politischen Mission versteckt nichts näheres.

Den Zweck dieser „ziemlich un durchsichtigen Reise“ des polnischen Stadtspräsidenten können wir dem „Völkerwille“ voraussetzen. Herr Wojciechowski will dort der Ruhm gegeben. Spa ist nämlich in Wirklichkeit Spala und liegt im mittleren großen Waldes bei Tomaszow in Kongresspolen. Dort gibt es leider — oder zum Glück? — keiner-

lichen Absolutismus angriff. Die Folgen davon waren neue Maßnahmen der Kirche gegen Fritius. Die persönlichen Schikanen, denen Fritius namentlich von Seiten der ins Land gerufenen Jesuiten ausgesetzt war, veranlaßten ihn die Schrift „Sylvae verum“ zu veröffentlichen, in der er unter anderem auch die Unitarier und die Calvinisten zur Versöhnung aufforderte und auf die Notwendigkeit einer Nationalkirche hinwies. Der Papst suchte weiter durch Erziehung der Christenmittel Fritius unzählig zu machen. Er wird als Vogt von Wolborz endgültig abgesetzt und somit am Abend seines Lebens obachlos. Seit dieser Zeit lebte er abwechselnd bei Verwandten und Freunden. Durch Aufenthalt und Verkauf von Ländereien ersparte er zuletzt so viel, daß er sich ein kleines Landgut kaufen konnte, wo er mit seiner Frau und einem Sohn lebte. Die letzten Tage seines Lebens zubrachte. Ungeachtet der Verfolgungen hielt er beharrlich an seiner Überzeugung.

Infolge des großen Einflusses, den die Jesuiten auf das politische und geistige Leben im Lande gewannen, ist Fritius und sein Werk der vollständigen Vergessenheit anheimgefallen. Bei dem Geschichtsschreiber Starowolff († 1656) wird Fritius als ein noch weit gefährlicherer Feind der Kirche denn sein „schmugger“ Meister Martin Luther, dessen frevelhafte Dogmen er eingefangen habe, gebrandmarkt. Die Schriftsteller und Geschichtsschreiber des 17. und 18. Jahrhunderts wußten überhaupt nichts mehr von dem großen Mann. Nur bei Fremden, dem Franzosen — Bonst und dem Deutschen Bock — konnte man Nachrichten über ihn finden. Das Studium der Werke der erwähnten Schriftsteller regte erst im 19. Jahrhundert polnische Historiker an, die ersten Nachforschungen über Fritius anzustellen.

Martin Ruge.

Lokales.

Łódź, den 6. Februar 1923.

Das Mieterschutzgesetz und das Justizministerium. Das Justizministerium beabsichtigt, dem Sejm ein Projekt der Erneuerung des Mieterschutzgesetzes zu unterbreiten. Die Neuerung stützt sich auf die Grundsätze des Mieterschutzgesetzes und berücksichtigt die Arbeiten und Anträge, die die Rechtskommission des Sejms seinerzeit angenommen hat. Gemäß diesen Anträgen bleibt der Grundsatz von der Richtungsstellung der Mieter bestehen, doch sind gewisse Abweichungen von diesem Grundsatz möglich, besonders was den Handel mit Wohnungen durch die Mieter anbetrifft. Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Frage der Mietzinstala. Die bisherige Stala erwies sich in der Praxis als unzweckmäßig. Diese Stala wird dadurch einsichtiger, daß dadurch Mietkommisionen eingerufen werden, die den Charakter von schiedsrichterlichen Kommissionen haben. Eine neue Ergänzung des Art. 10 des Mieterschutzgesetzes bildet das Recht des Hausbesitzers, Wohnungen für sich zu beanspruchen. Da die Sejmkommission von dem Grundsatz ausgeht, daß dadurch Mißbräuche entstehen und gerichtsgerichtete Interessen der Mieter verletzt werden könnten, hat sie das Recht des Hausbesitzers durch eine Reihe von Vorschriften festgelegt. Vor allem hat die Kommission entschieden, daß Veteranen der nationalen Aufstände, Witwen und Weisen der im Weltkriege Gefallenen, Invaliden aus dem Weltkriege, Erziehungsanstalten und Schulen von den Hausbesitzern aus ihren Wohnungen nicht entfernt werden dürfen. Wenn der Hausbesitzer einen Mieter entfernt will, um dessen Wohnung für sich zu beanspruchen, so muß er ein Vorlehrjahr vorher kündigen und dem betreffenden Mieter eine hinsichtlich der Größe, der Beschaffenheit und der Lage in der Stadt gleichwertige andere Wohnung beschaffen und sämtliche Kosten, die der Umzug erfordert,

bei politische Missionen zu erfüllen. Der Gewährsmann des „Vollswillen“ hat umsonst kombiniert!

*
Das Gesetz zum Schutz der polnischen Republik soll auch die gutnachbarlichen Beziehungen Polens schützen. Armer „Rozwój“, armer „Ruf der Lüdki“ und ihr furchtbar nationalistischen Blätter! Wen werdet ihr begeistern, wenn Deutschland eut wird?

Oder soll Deutschland außerhalb dieses Gesetzes gestellt werden?

*
Der russische Justizminister hat an die ihm unterstehenden Ämter ein Rundschreiben gesandt, in welchem er die Weisung gibt, in den Depots nur russische Barauflenknoten aufzubewahren und die übrigen Banknoten, wie Rierlenknoten, Denlintrubel, Karbowany, österreichische ungestempelte Kronen, die keinen Wert mehr besitzen, in Anwesenheit eines Vertreters des Staatschatzes zu verbrennen.

Recht sol! Es wäre überhaupt Zeit, alle Banknoten zu verbrennen.

*
In dem Zeitblatt einer kleinen Stadt der Mark Brandenburg finden sich nebeneinander folgende beiden Anzeigen: „Morgen fernsehend Fleisch und Fett. Rößschlachterei. B. Schiffbauerstraße 34. Tel. 440“ und „Kaufe Hunde und Rägen zum Schlachten. J. Alt-Drewitz, Baraden.“

Besser kann das Nahrungsmittelhandel Deutschlands wohl nicht illustriert werden!

A. K.

beden. Dieses Projekt wird vielleicht schon in dieser Woche dem Ministerrat zugehen.

Von den Mittelschulen. Beim ersten wurden auf Verfügung des Ministeriums die Tagen für Aufnahmeprüfungen bedeutend erhöht. Die Gebühr für eine Reiseprüfung beträgt 5000 M., für eine Vollprüfung 30 000 M. und für Ergänzungsprüfungen 8000 M. In gleicher Weise wurden die Gebühren für die Ausstellung vonzeugnissen oder Abschriften derselben erhöht. Außerdem sind die Kläger verpflichtet, halbjährig 1000 M. für den Fonds für Bewegungsspiele zu zahlen. Endlich wurde eine Taxe für den Verbrauch von Material, und zwar 20 000 M. halbjährlich, eingeführt. Alle diese Tagen sind infolge der Polnischwankungen gleitend.

Vom Deutschen Abend. Der Vergnügungsausschuss des Deutschen Volksrats hat in Anbetracht dessen, daß am Sonntag um 5 Uhr nachmittags in der St. Johannis-Kirche das Weihachtsoratorium von S. Bach stattfindet, um auch den Besuchern des Konzerts die Möglichkeit zu geben, am Deutschen Abend teilzunehmen, beschlossen folgende Ordnung für den Deutschen Abend festzulegen: Der Abend beginnt nicht, wie angekündigt, um 5, sondern erst um 6 Uhr mit Ansprachen der Abgeordneten und Senatoren. Der Beginn der eigentlichen Vortragsfolge ist um 7½ Uhr, die Aufführung der Operette beginnt um 8½ Uhr, die gemeinsame Fidelitas um 9½ Uhr. Den Besuchern des Oratoriums, die auch am Deutschen Abend teilnehmen wollen, empfiehlt der Vergnügungsausschuss, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen, um die Möglichkeit zu haben, der Erledigung der äußerst geschmackvoll zusammengestellten Vortragsfolge beizuwollen. Für eine gute Rüde ist gleichfalls Sorge getragen. Karten sind im Vorverkauf in der Geschäftsstelle der deutschen Sejmabgeordneten, Nowadowo 17, 2. Stock, rechts, erhältlich.

Ein seltenes Jubiläum. Am 9. Februar begibt der Weber Josef Łuniański sein 60-jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma Franz Kindermann. — Wir wünschen dem alten Kämpfer auf dem Felde der Arbeit einen geruhigen Lebensabend.

bip. Die staatliche Anstalt für Lebensmittelprüfung entfaltete im vergangenen Jahre eine rege Tätigkeit. Bei den in vielen Fällen vorgenommenen Prüfungen von Selterswasser, Konfekt u. a. Lebensmittelabfritten wurde nicht selten auf erstickende Unsauberkeit gestoßen. Die Verwaltung der Anstalt verachtete nicht, für die Besitzer solch verunreinigter Fabriken eine entsprechende Strafe zu beantragen. Die vereinahmten Gebühren für Unterhüchungen betrugen im vergangenen Jahre 17 187 545 M., während die Ausgaben der Anstalt zur Lebensmittelprüfung 29 158 369 M. ausmachten. Die Zahl der einer Prüfung unterworfenen Lebensmittelproben betrugen 33 640. Verhöre wurden in 14 757 Fällen ange stellt, während in 4431 Fällen Strafverfahren eingeleitet wurden. Um die Polizei für eine spätere Mitarbeit vorzubereiten, werden in der Polizeischule entsprechende Unterweisungen erteilt. Im Laufe des vorigen Jahres wurde in erster Linie Milch, Sahne, Käse, Quark, Butter usw. untersucht. Ferner wurden von 118 Gebäckproben 27, bei 164 Alkoholproben 28 und bei 38 Schokoladenproben 14 beanstandet. Auch alkoholfreie Getränke wurden geprüft, wobei von 223 Stundenmesserproben 98 gesundheitsschädlich waren. Die Badeanstalten wurden besichtigt, ohne jedoch Anlaß zu Unzufriedenheit zu geben. Alle Artikel des täglichen Bedarfs wurden einer gründlichen Prüfung unterzogen.

Die von den Stadtverwaltungen unterhaltenen 11 Lebensmittelprüfungsstationen in der Umgegend sind nicht minder rege tätig. Im ganzen wurden 3767 Milchproben genommen, wobei 597 Verfälschungen festgestellt wurden. Außerdem wurden die Lebensmittelläden streng beaufsichtigt. Für das Gericht wurden von der staatlichen Anstalt für Lebensmittelprüfung 118 chemische Analysen ausgeführt.

bip. Gegen die Fleischsteuerung. Am 5. Februar wurde eine ganze Reihe von Großfleischhändlern wegen Fehlens von Rechnungen für das im städtischen Schlachthof geschlachtete Vieh, wegen Nichtkenntnisschmähung der Fleischpreise sowie wegen Preisstreberei zur Verantwortung gezogen. Die Untersuchungen wurden im Schlachthof vom Leiter des 10. Polizeikommissariats und dem Leiter des Referats zur Bekämpfung des Wuchers durchgeführt. Die Großfleischer wurden auf der Stelle sämtlich mit Geldbußen von 200 000 M. bis zu 1 Million M. und obendrin in einzigen Fällen mit bedingungsloser Haft bestraft. Außerdem wurde bei den Fleischhändlern Henoch Freude, Ciechim Giszewicz das Fleisch einiger Rühe eingezogen.

Erhöhung der Preise der Tabakwaren. Auf Grund einer Verordnung der Generaldirektion des Tabakmonopols ist eine neue Erhöhung der Preise der Tabakwaren eingetreten. Die Erhöhung beträgt im Verhältnis zu den einzelnen Gattungen 40—60 Proz. In privaten Firmen wurde der Preis für ein Bäckchen Lutschigaretten A von 1500 auf 2500 M., B aus 1200 auf 2000 M., 1. Sorte (najprzedniejsze) A von 1000 auf 1700 M., 1. Sorte (najprzedniejsze) B von 900 auf 1400 M., 2. Sorte (przednie) A von 800 auf 1200 M., 2. Sorte (przednie) B von 750 auf 1100 M. und 3. Sorte (średnie) A von 600 auf 1000 M. erhöht. Auf diese Weise kostet ein Bäckchen der geringsten Zigaretten (20 Stück) bereits 1000 M. Der Tabakpreis hat eine 60proz. Erhöhung erfahren, so daß ein Kilogramm Tabak 1. Sorte (najprzedniejszy) von 50 000 auf 80 000 M., 2. Sorte (przedni) von 40 000 auf 65 000 M. und 3. Sorte (średni) von 30 000 auf 50 000 M. gestiegen ist. Zigaretten der staatlichen Tabakfabriken sind gleichfalls um 25—35 Proz.

im Preise gestiegen. So ist der Preis für eine „Shebue“-Zigarette (ohne Mundstück) von 80 auf 110 M., für eine ägyptische Zigarette von 70—100 M., für eine „Sparta“-Zigarette von 90 auf 120 M. erhöht worden, während eine Zigarette „Kub“ oder „Sejmowe“ (mit Mundstück) von 50 auf 65 M. und „Prezydent“ oder „Damskie“ von 45 auf 60 M. im Preis gestiegen ist. Der staatliche Tabak 1. Sorte, Gattung „Sultans“, stieg von 70 000 auf 100 000 M. für 1 Kilo. Gattung „Macedonii“ von 80—90 000 M. Der Preis für 1 Kilo gr. türkischen Tabak 1. Sorte wurde von 50 000 auf 75 000 M., 2. Sorte von 40 000 auf 50 000 M. und 3. Sorte von 35 000 auf 53 000 M. erhöht. Eine Monopolzigarette „Havana“ kostet 750 M., „Belwedera“ — 600 M., „Virginia“ — 220 M., „Brytanica“ — 500 M., „Trabuco“ — 420 M.

bip. Stadtverordnetenversammlung. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist beschlossen worden, den Schöffen-Arzt und den Stadtverordneten Helman aus der Zahl der Stadtverordneten zu streichen und die Angelegenheit Arzt dem Stadtkanzler zu übergeben. Einzelheiten des Kommissionsberichts über die Biegelfässer bringen wir morgen. Helman verzichtete in einem Schreiben auf sein Mandat.

Erhöhung der deutschen Sichtvermerke. Die deutsche Bahnstelle hat die Gebühr für einen Sichtvermerk auf 32 franc. Franken erhöht, die jeweils nach dem Tageskurs umgerechnet werden.

Die Lohnbewegung. Am 6. Februar fand im Magistrat erneut eine Konferenz in der Frage des Lohnes für die staatlichen Angestellten für Februar statt. Das einzige Ergebnis der Konferenz besteht darin, daß der Magistrat sich verpflichtete, bis spätestens 10. Februar den Beamtenverbänden schriftlich mitzuteilen, wie weit der Magistrat den Forderungen der Angestellten wird nachkommen können.

bip. Schließung der Färberverein. In der Sitzung der Mitglieder des 2. Färberverbandes in Łódź und Umgegend entspann sich eine eingehende Aussprache über die augenblickliche Lage. Die Verfammlten beschlossen angesichts der ungedeckten Ausgaben für Arbeitslöhne, Farbstoffe, Kohle u. a. m., die in hohem Grade gedehnt werden müssen, den Betrieb in ihren Fabriken einzustellen.

bip. Unsere Häuser. Das Haus Rilinski, 178 droht einzustürzen. Ja diesem Hause schwant nicht nur der Fußboden in beispiellicher Weise, sondern auch die Stützbalken sind verfault und die Männer geplagt. Der Besitzer des Hauses ist abwesend und die Einwohner sind dem Schöffen überlassen. Mit dieser Angelegenheit sollte sich die städtische Bauinspektion beschäftigen.

bip. 2 Monate Gefängnis für einen Hausbesitzer. Der Besitzer des Hauses in der Gdanska 96 Herr Wacław Machniuk vermietete an Herrn Stefan Lubo, 3 Zimmer und Küche. Um seinen Mieter loszuwerden, verfiel Herr Machniuk auf folgende List. Er forderte Herrn Lubo notariell auf, die Wohnung zu räumen, da der in ihr aufgetretene Pilz verfault werden müsse. Herr Lubo erklärte hat damit einverstanden und räumte eins der Zimmer. Herr Machniuk wandelte das Zimmer sofort in einen Keller und Dampfraum um. Der Mieter verklagte Herrn Machniuk im Friedensgericht des 5. Bezirks, das den Hausbesitzer zu 2 Monaten Gefängnis verurteilte.

Vom Magistrat. Der am 30. Januar von der Stadtverordnetenversammlung gewählte Schöffe Dr. Michel Grünberg begann bereits seine Amtstätigkeit, indem er die Leitung der Steuerabteilung übernahm.

Der Monat Februar. Wieder Reinigungsmonat, fällt von der heidnischen Göttin Februar, der Mutter des Mars, ab. In dem altrömischen Jahre von zehn Monaten fehlte der Februar gänzlich, und als seit Romulus die Einteilung des Jahres in zwölf Monate erfolgte, wurde er anfangs als der letzte gezählt, daher auch in ihm die Einfügung des Schalttags erfolgte. Der alte deutsche von Karl dem Großen eingeführte Monatsname heißt Hornung, der sich auch bis heutigen Tages erhalten hat.

Der Kaufmann, der gewohnt ist, sich für das Wetter der einzelnen Monate des Jahres Regeln zurechzulegen, besitzt solche auch für den Februar. Sie lauten: Regenbogen am Morgen, des Hirschen Sorgen; Regenbogen am Abend, den Hirschen labend. — Spielen Männer im Februar, sterben Schaf und Bœuf das ganze Jahr. — Ein nasser Februar bringt ein fruchtbare Jahr. — Wenn im Februar die Kerzen singen, wird's uns Frost und Kälte bringen. — Weißer Februar stärkt die Fächer. — Die Käse, die in der Hütungssonne liegt, im März sich hinter den Osen schmiegt. — Wenn's der Hornung gnädig macht, bringt der Frühling den Frost bei Nacht. — Heftig Nordwinde im Februar, deutet auf ein fruchtbare Jahr. — Die weiße Göttin (der Schnee) im Februar, brüdet Segen fürs ganze Jahr.

bip. Die Dummen werden nicht alle. Einem gewissen Peter Kuckowksi aus Pommerellen wurde von einem Unbekannten für 80 000 M. ein Bäckchen verkauft, das statt der Ware — Stroh und Sand enthielt.

bip. Wegen Wassermangels auf ihrem Besitztum wurde die Hausbesitzerin Aleksandra Nowicka, Nowotki 56, zur Verantwortung gezogen. — Wegen gesundheitsschädlicher Bauten auf ihren Besitzungen wurden die Hausbesitzer Antoni Nowicki, Zielina 24, Gustaw Sibber, Salontina 57, Aleksander Kiełek, Kościuszko-Allee 57, Benda Bobrzyska, Moniuszki 9 und Włodzimierz Giebel, Petruszka 109, zur Verantwortung gezwungen.

bip. Das 4. Gebot. Der Paulek 108 wohnhafte Adolf Gaach wurde zur Verantwortung gezwungen, weil er seine Eltern schlug.

bis Durchgehörend. Der A. Barzenista 2 wohnte Union Bojkowisch meldete der Polizei, daß seine Frau, Maria, Kleidung und Wäsche mir ich gerommen habe und damit entseien sei.

bis Verhältnis eines Messerschmieds. Der Comptons 16 wohnende Bojkowisch Konezak, der während eines Streites mit Walewitz Bielew, Pawlow 11, diesem einen Messerschmiede, wurde Verhaftet. Zum Verleihen erzielte ein Arzt der Unfalltungsberatung die erste Hilfe.

bis Unfall. Die Artillerie Helene Meier stürzt in der Fabrik von Wolzow, Wilejewka 25, Verletzungen an der linken Hand.

bis Viehfliehe. Auf der A.F.T. von Wilejewka, Giesielska 25, wurden 2 Kühe mit Skorpionen im Wert von 7 Miliarden Mark entdeckt.

Kunst und Wissen.

Deutsches Theater. Uns wird geschrieben: Am Sonntag, den 11. d. M., sieht den Laien deutscher Theaterbesuchern ein großes Kästchen bevor, infolge eines miserablen Erfolgs der Vorstellung stattdessen. Gegeben wird das 3 Stunden währende witzliche pantomimische Lustspiel in 3 Akten der „Der Wehrwolfs“. Lukas Stalmann, Ramovi und Herrn Brantl, kostümiert in der Rolle der Herzogin von Capablanca die erste Heldin Frau Maja Steering. Billets an der Kasse.

Selbstmord eines Schriftstellers. Der Wiener Schriftsteller Herbert Silberer, der unter dem Pseudonym Gil Bars bekannt geworden ist, hat infolge nervöser Überreizung in seiner Wohnung in Wien Selbstmord durch Erhängen verübt. Sein Lustspiel „Die Frau von 40 Jahren“ wird eben jetzt mit großem Erfolg im Wiener Burgtheater gespielt.

Sport.

Die diesjährige Generalversammlung des Lodzer Kreisverbands für Fußballspiel fand am Sonntag im Lokale des Sportvereins „Rapid“ statt. Eröffnet wurde sie durch den 1. stellv. Vorsitzenden Herrn Lindner, welcher in einer längeren Ansprache die Arbeit der bisherigen Verwaltung schilderte. Sobald übergegangen war die Leitung der Versammlung Herrn Krause, welcher seinerseits die Herren Huppmann, Bößi und Giese zu Beisigern und Herrn Pionkowski zum Protokollführer berief. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung, gegen welche vom Delegierten des Lublitz Klub Sportowy Einspruch erhoben, bestimmtgeachtet aber von den Anwesenden in urprünglicher Form angenommen wurde, schritt man zur Erledigung derselben. Die Berichte der Verwaltung und der Kommissionen riefen eine längere Ansprache hervor. Einige Angelegenheiten wurden der neuen Verwaltung zur Prüfung überwiesen. Die alte Verwaltung wurde mit Stimmenmehrheit entlastet. Der Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1923 wurde dem Vorschlag der alten Verwaltung gemäß, dem Bloß angepaßt, angenommen. Nach kurzer Pause schritt man zur Neuwahl. Die von der vorläufigen Verwaltung aufgestellte Kandidatenliste wurde für entsprechend befürwortet und mit kleinen Ausnahmen auf sie bestimmt. Gewählt wurden: Zum Vorsitzenden Herr Mir. Dzianynski durch Burns, zum 1. Stellvertreter Herr Lindner mit allen (75) Stimmen, zum 2. Herr Krause, während die Herren Kahn zum Kassierer und Pionkowski zum Schriftführer gleichfalls einstimmig gewählt wurden. Vorsitzender der Spiel- und Disziplinarkommission wurde Herr Hesse mit 58 und Stellvertreter Piv. Libert mit 51 Stimmen. Zum Schriftführer dieser Kommission wurde Herr Kulwinowski gewählt. Nachdem noch die Herren: Erben, Bente, G. Bialocki, Buniak und Sianischi in die Verwaltung und die Herren: Berndt, Stenzel, Benke, O. und Henneberg in die Kommission für Spiel- und Disziplin gewählt wurden, während die Revisionskommission in ihrem alten Besetze verblieb, wurde die Wahl der Delegierten für die Generalversammlung des Polnischen Verbundes für Fußballspiel der neuen Verwaltung überlassen. In der Frage der Versicherung der Spieler gegen Unfall gefallene konnte keine Meinungsgleichheit erzielt werden, jedoch diese Angelegenheit bis auf weiteres vorlag wurde. Eine lebhafte Diskussion rief der Antrag über Komplettierung der Klasse A zu 6 und der Klasse B zu 10 Vereinen, doch konnte auch dieser Antrag keine Mehrheit erzielen, dagegen wurde der Antrag des Delegierten des Sportvereins „Kroft“, wonach die Meisterschaft der Kl. C in 5 Bezirken geteilt, ausgetragen werden soll, einstimmig angenommen. Auf Antrag des Delegierten des „Sokol“ wurde beschlossen, dem „Kurier Wielkopolski“ als Verbandsorgan zu fördern.

Niedem noch durch den Vorsitzenden bekanntgegeben werden, daß die Meisterschaftskämpfe in diesem Jahr am 11. März beginnen, wurde die Sitzung geschlossen.

Generalversammlung des Sportvereins „Sturm“. Am Dienstag, den 30. Januar, hielt der Sportverein „Sturm“ seine diesjährige ordentliche Generalversammlung in Anwesenheit von über 50 Mitgliedern ab. Eröffnet wurde sie um 10 Uhr abends durch den Vorsitzenden des Vereins Herrn A. Krause. Bevor zur Siedlung der Tagesordnung gebrüten wurde, wurde das Andenken der im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Sigen gebracht. Zum Versammlungsleiter wurde Herr S. Fischer gewählt, welcher als Vertreter der Herren St. Kuczowski und Krzyszowski und zum Protokollführer Herrn H. Schindler berief. Zunächst gelangte die Niederschrift über die letzte Generalversammlung zur Verlesung. Sodann wurden 4 Mitglieder

Posener Freie Presse — Mittwoch, den 7. Februar 1923

in den Verein aufgenommen. Die Berichte der Verwaltung, des Kassierers, der Sport- und der Revisionskommissionen wurden angenommen, worauf die Entlastung der bisherigen Verwaltung erfolgte. Die Neuwahlen riefen eine längere Ansprache hervor, da sich zu wenig Mitglieder bereit erklärt, in der künftigen Verwaltung mitzuarbeiten. Gewählt wurden folgende Herren: zum Vorsitzenden Sigmund Fischer, Stellvertreter Alfred Kruschel und Heinrich Kuch, Schriftführer: Stefan Fuchs, Kassierer: Josef Göh, O. Abel und A. Böhmig, Wirt: O. Kieber und O. Hempel, Sportkommission: Otto Hesse und Otto Abel, Vergnügungskommission: O. Krzyszowski, H. Fischer und O. Gittner, Revisionskommission: J. Arndt, A. Krause und H. Schindler. Die Beiträge wurden wie folgt festgesetzt: für aktive Mitglieder monatlich 1000 Mark, für passive 2000 Mark, für jugendliche 500 Mark, Eintrittsgebühr 5000 M. Der Verwaltung wurde von der Generalversammlung das Recht eingeräumt, den Monatsbeitrag bei Valuierabschöpfungen entsprechend abändern. Mitglieder, die ihren Beitrag nachträglich entrichten, müssen auch für die verflossenen Monate die zuletzt geltende Beitragsnorm zahlen. Mitglieder, die im voraus zahlen, unterliegen keiner Nachzahlung. Die Sitzung fand gegen 2 Uhr ihren Abschluß.

Hauptversammlung des Lodzer Turnvereins „Kroft“. Am verflossenen Freitag fand im eigenen Vereinslokal die übliche Jahresversammlung des Vereins statt, die von etwa 90 stimmberechtigten Mitgliedern besucht war. Herr O. Dresler eröffnete die Sitzung um 5½ Uhr nachmittags. zunächst lamen seitens des zeitweiligen Schriftführers, Herrn Maczynski, die Protokolle der vorjährigen Hauptversammlung und der letzten Monatsitzung zur Verlesung, ferner der Kassenbericht durch Herrn Froschade und der Turnbericht des Turnarabis Herrn B. Bergmann. Aus letztem ging hervor, daß der Turnbetrieb des Vereins im vorigen Jahre sehr regen war: an 96 Turnabenden turnten 1755 aktive Turner und 1348 Jünglinge; zur Freiluftung standen in diesem Zeitraume gegen 3000 Plätze. Über den Stand des Fußballspiels im Verein berichtete Herr B. Bergni, über die Athleten-Abteilung Herr B. Rittmann. Beim Übergang zum 2. Punkt der Tagesordnung, zu den Neuwahlen der Verwaltung, übernahm Herr A. Stempel die Leitung der Versammlung. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: von der alten Verwaltung wurden wieder gewählt die Herren Dr. H. Grobmann, Vorsteher, O. Dresler, 1. Vorsitzender, J. Froschade, 2. Vorsitzender, A. Agat, 1. Kassenwart, Ad. Schindler, 2. Kassenwart, B. Bergmann, Turnwart. Nachstehende Herren wurden neu gewählt: R. Harsmann, 2. Kassenwart, O. Maczynski, 1. Schriftführer, A. Rohr, 2. Schriftführer, J. Heinrich, 1. Wirt, A. Heid, 2. Wirt. Ferner wurden noch nachstehende Herren berufen: zum Vertreter des Turnwarts B. Rittmann, zum Obmann der Fußballabteilung B. Bergni, als dessen Vertreter J. Schmidt, zu Obmannen der Athletenabteilung die Herren Lebsch und Lenz, in die Revisionskommission die Herren O. Schwarz, L. Bauer, R. Tust, in die Ballotierkommission die Herren Geisler, A. Roschade, König, Böhml, Biedler, Beier, Neupert, Prokop und Klein.

Bei den allgemeinen Anträgen wurde von Herrn Dresler vorgeschlagen, ein Vereinsbanner anzufertigen, welcher Vorschlag von der Versammlung angenommen wurde. Hierzu kam die Gründung des Deutschen Meister- und Arbeitervereins“ an den Turnverein „Kroft“ bezüglich der Teilnahme an der Fascheweise des erzähnnten Vereins. In Anbetracht der Notwendigkeit, daß alle deutschen Organisationen einander unterstützen müßten, und unter Würdigung gewisse des demokratischen Charakters eines Turnvereins, beschloß die Versammlung einstimmig, am Ausmarsch und an den Feierlichkeiten des erzähnnten Vereins vollständig teilzunehmen.

Der 37. Radfahrerkongress beschloß, die Polnischenverbände Österreichs, Ungarns und Polens in die Union aufzunehmen.

Fußball im Deutschen Gymnasium. Am Sonnabend, um 6½ Uhr abends begann das angekündigte Fußballspiel zwischen der H. C. und der Reunion. Leider mußte Reunion mit einem Reisemann ausscheiden, der aber, obwohl er nicht mit der Mannschaft einspielt war, vollständig seine Pflicht tat. Es wurde vom Beginn an sehr stark gespielt. Zu der ersten Viertelstunde (Reihe 9:5 zu Gunsten H. C.) merkte man schon, daß Reunion nicht als Sieger den Platz verlassen würde. Die zweite Viertelstunde brachte den Zuschauern schon die Gewißheit, daß Reunion kein Meister gefunden hat. Sie ließ immer mehr im Tempo nach, doch H. C. spielte stark weiter. Momentlich war es der Mittelfürmer der H. C. der jede Blöße der Gegner gut auszunutzen verstand und das Spiel vorzüglich leitete. Die 2. Halbzeit brachte der Reunion die vollständige Niederlage. Die bisher unbekügte Mannschaft mußte mit 3:8 das Feld räumen. Das Amt des Schiedsrichters verfaßt mit großer Umsicht und vieler Sorgfalt Herr A. Hermann. Das nächste Spiel wird die H. C. mit der Repräsentation der polnischen Handelschule am Sonnabend, um 6 Uhr abends im Turnsaal des Deutschen Gymnasium ausrichten.

Aus aller Welt.

123 Opfer des Grubenunglücks.

Im Laufe des 3. Februar wurden die Leichen dreier weiterer Opfer der Katastrophe in der Heinrich-Grube aufgefunden. Im Krankenhaus starben 2 Verwundete. Die Gesamtzahl der Opfer beträgt 123 Personen. Am Sonntag fand die Bestattung der Opfer der Grubenkatastrophe in einem Massengrabe statt.

Warschauer Börse.

Warschau, 6. Februar.	
Millionówka 4½ proz. Pfdr. d. Bodenkreditges.	1725-1673
f. 100 Ebl	2620
4½ proz. Pfdr. d. Bodenkreditges.	57.50
f. 100 Mk	380-375
Sproz. Obl. d. Stadt Warschan	224-228
Sproz. Obl. d. Stadt Lods	

Valutien:

Dollars	55700 36000-56500
Belgische Franks	1917½
Deutsche Mark	0.95-0.90

Schecks:

Beiglea	1915-1940-1957½
Berlin	0.90-0.87½
Danzig	0.90-0.87½
London	166500-165000 165700
New-York	35500 33600 33500
Paris	2270 2260-2240
Franz	1045-1065
Schweiz	6765 6700 6780
Wien	52
Italien	1745

Aktionen:

Warsch. Diskontobank	45500-46000
Handel- u. Industriebank	30000-29500
Warsch. Industriebank	2800-2850
Westbank	6400-6600
Arbeiter-Genossenschaftsbank	21500-21500
Warsch. Ges. d. Zuckerfabr.	78000-73000
Holzindustrie	6000-6600
Cegielski	127500-122000-114000
„Modrzewi“	7000
Karasiński	18600-17000-17500
Rudski	39000-37000-37500
Ursus	14000
Zieliewski	83000-80000
Borkowski	7600-7200-7250
Gebr. Jabolowsky	13900-14000
Polski	
Napata	8700-8200-8400
Lenartowicz	9500-8800-9700
Warsch. Handelsbank	6300
Warschauer Kreditbank	13000-14500
Lemberger Industriebank	6150-6500-6600
Vereinigte poln. Landesgenossenschaftsbank	14000-12000-14000
Zuckerfabr. „Czestochowa“	18000
Firley	8400-8200
Kohlegesellschaft	161000-158500-159000
Lilpop	85000-82000-83500
Ostrowiecer Werke	83000-75000
Zielinski	29000-28000-31000
Starachowice	4300-8500-89500
Warsch. Lokomotivenfabrik	12500-11000
Zyndrow	1067000-1064000
„Hut“	4800-4450-4200
Schiffahrtsgesellschaft	5600 5200-5250
Haberbusch & Schiele	12500
Gebr. Nobel	18500-18700
Sita i świat	7000
Michałow	81000-82000-82500
Spiritus	8150-8000
Polus	14000-13500
Puls	42000-40000
Chodorow	58000-54000-55000
Spiss	19000-18700-19000
Małowski	2850
Fustelnik	24000-26000
Witt	24000 23500-25000
Gostawies	70000-68000

Lodzer Geld-Börse.

Lodz, den 6. Februar 1923.	
Dollars der Vereinigten Staaten (bar) — gezahlt	
25650 — gefordert 3550 — Transaktionen —	
Dollars der Vereinigten Staaten (Schecks) — gezahlt	
35500 — gefordert 3570 — Transaktionen —	
Belgische Franken (Schecks) — gezahlt 1935 — gefordert 1940 — Transaktionen —	
Französische Franken (Schecks) — gezahlt 3240 — gefordert 3250 — Transaktionen —	
Schweizerische Franken (Schecks) — gezahlt 6700 — gefordert 6750 — Transaktionen —	
Pfund Sterling (Schecks) — gezahlt 16500 — gefordert 16600 — Transaktionen —	
Oesterreichische Kronen (Schecks) — gezahlt 16100 — gefordert 16200 — Transaktionen —	
Tschechische Kronen (Schecks) — gezahlt 1045 — gefordert 106 — Transaktionen —	
Deutsche Mark (bar) — gezahlt 0	

